

# Pressemitteilung

9. September 2022

## **Bessere Notunterkünfte, mehr Sozialwohnungen Appell des Paritätischen Hessen zum Tag der Wohnungslosen**

Flächendeckende menschenwürdige Notunterbringung, Ausweitung der Beratung, um Wohnungsverluste zu verhindern, und der aufsuchenden Hilfe für Menschen, die auf der Straße leben. Vor allem aber: mehr Sozialwohnungen. Diese Forderungen richtet der Paritätische Wohlfahrtsverband Hessen an die Landesregierung, aus Anlass des Tags der Wohnungslosen am 11. September.

Rund 12.000 Menschen in Notunterkünften und stationären Einrichtungen der Wohnungsnotfallhilfe, mehr als ein Drittel davon weiblich, etwa ebenso viele unter 25 Jahre alt: Die im Januar 2022 erstmals aufgrund des Wohnungslosenberichterstattungsgesetzes erhobenen Zahlen für Hessen zeigen, wie akut das Problem Wohnungslosigkeit ist. Tatsächlich sind noch deutlich mehr Menschen betroffen. Denn wer auf der Straße lebt, wird in der Statistik ebenso wenig erfasst, wie Personen, die notdürftig bei Bekannten oder Verwandten untergekommen sind, oder weiter in Flüchtlingsunterkünften oder Frauenhäusern leben, weil sie keine Wohnung finden.

„Wohnungslosigkeit ist die Folge einer verfehlten, ausschließlich am Profit orientierten Wohnungspolitik“, sagt Lars Lauer, Referent für Soziale Notlagen beim Paritätischen Hessen. „Mittelfristig wird sie nur einzudämmen sein, wenn deutlich mehr Sozialwohnungen durch bessere Förderung und Ankauf von Belegrechten geschaffen werden. Hier hinkt die Landesregierung den eigenen Verlautbarungen seit Jahren hinterher.“

So lange nicht ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, sollte flächendeckend ein einheitlicher Standard für die Notunterbringung auf kommunaler Ebene gelten sowie das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) hinsichtlich Unterbringung und Zuständigkeit rechtskonform ausgelegt werden. Das Land sollte zudem flächendeckend „Kommunale Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten“ finanzieren. „Diese Beratung ist angesichts der Inflation wichtiger denn je, denn infolge der Preissteigerungen werden mehr Menschen ihre Miete nicht mehr zahlen können und von Räumung bedroht sein“, so Lars Lauer.

Um Menschen in besonderen Lebenslagen Zugänge zum Wohnungsmarkt zu öffnen, schlägt der Paritätische Hessen zudem ein Landesprogramm für soziale Wohnraumhilfen vor, außerdem ein Förderprogramm „Von der Straße in die Wohnung“, das durch aufsuchende Hilfen auf der Straße, Akquise von Wohnungen und wohnbegleitende Hilfen unterstützt.

### **Ansprechpartnerin beim Paritätischen Hessen:**

Annette Wippermann  
Referentin für Grundsatzfragen und Arbeitsmarktpolitik  
Telefon: 069/95 52 62-29  
Mobil: 0172 7514761  
[annette.wippermann@paritaet-hessen.org](mailto:annette.wippermann@paritaet-hessen.org)

---

**Der Paritätische Hessen** ist der Spitzenverband von 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

**Der Paritätische Hessen** vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

Deutscher PARITÄTISCHER  
Wohlfahrtsverband  
Landesverband Hessen e.V.

Auf der Körnerwiese 5  
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0  
Fax: 069 551292

E-Mail: [info@paritaet-hessen.org](mailto:info@paritaet-hessen.org)  
[www.paritaet-hessen.org](http://www.paritaet-hessen.org)

---